

Bisexuelle Wahlprüfsteine

1. Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Wir Freie Demokraten treten jeder Form von Diskriminierung entschieden entgegen. Homo-, Bi- und Transphobie sind nicht zu akzeptieren. Das Bewusstsein für verschiedene Lebensformen muss in der Gesellschaft gestärkt werden, damit es dort auf eine höhere Akzeptanz trifft.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass in der nächsten Legislaturperiode der Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt fortgeschrieben wird. Wir betrachten den Aktionsplan nicht als einen statischen, unveränderlichen Katalog von Vorhaben. Unsere Gesellschaft entwickelt sich weiter, sie ist dynamisch und deshalb muss Politik in allen Bereichen diesen Prozess widerspiegeln. Aus diesem Grund wollen wir zusammen mit der Community auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren und sind selbstverständlich auch offen für Anregungen, in welcher Art und Weise der Aktionsplan noch verbessert werden kann.

2. Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Wir sprechen uns für Vielfaltigkeit und die Anerkennung von selbst gewählten Lebensmodellen aus. Wir sind der Ansicht, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner Profession, selbst entscheiden sollte, ob er ein Coming-out möchte. Damit sich Menschen jedoch zu einem Coming-Out entscheiden, bedarf es ein Klima der Akzeptanz in unserer Gesellschaft und einer besonderen Unterstützung von Menschen in Vorbildfunktionen, die sich für ein Coming-Out entscheiden.

3. Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Wir Freie Demokraten sehen eine Unterstützung von bisexuellen Jugendlichen durch Aufklärung und Beratung an Schulen als unerlässlich an.

Dies beinhaltet eine Verbesserung von Kommunikationsstrukturen, die Bereitstellung von Informationen, das Problembewusstsein vor Ort sowie die Realisierung eines positiven Schulklimas, das sich grundsätzlich mit den Thematiken auseinandersetzt und unter Einbeziehung von allen Beteiligten Wege findet, dass auf direktem Wege ein Beschwerdemanagement realisiert wird, welches nicht nur Informationen sammelt, sondern auch den Betroffenen weiterhelfen kann. Wir vertrauen darauf, dass die Schulen auch mit Unterstützung und Vernetzung Konzepte und Maßnahmen auf den Weg bringen können, die die Informationen verbessern können. Hier kann das Kultusministerium unterstützend tätig werden.

Darüber hinaus unterstützen wir die Einrichtung von queeren Jugendzentren auf kommunaler Ebene aus den Mitteln des Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt. Denn sie bieten Räume und auch Rückzugsorte für Jugendliche aus der LGBTIQ-Community vor Ort und ermöglichen Austausch, Rat und Zusammentreffen mit anderen.

Zudem steht für uns Freie Demokraten ein klares Bekenntnis des Rechtsstaats zu den Rechten von LGBTIQ-Personen außer Frage.

4. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen über Bisexualität aufgeklärt werden?

Wir Freie Demokraten halten es für sinnvoll, die Implementierung des Lehrplans mit thematischen Informationen und Weiterbildungsangeboten zu begleiten. Hier sollten die Schulen bei der Vorbereitung und der Umsetzung beteiligt werden, um frühzeitig Unsicherheiten bei Lehrkräften aufzunehmen und nach Lösungsansätzen zu suchen. Es müssen Konzepte für Lehrkräfte erarbeitet werden und die Schulen müssen Unterstützung darin erfahren, die damit verbundenen Bildungs- und Erziehungsziele in ihren Schulalltag zu integrieren.

Überdies haben die Themen Sexualpädagogik und Aufklärung auch im Kindergarten und in der Grundschule ihre Berechtigung, da sie von den Kindern auf vielfältige Art und Weise in die Einrichtungen hineingetragen werden – und zwar mit einer ganz natürlichen Neugier und Wissbegierde. Deshalb müssen altersgerechte Angebote erarbeitet und ggf. auch anlassbezogen realisiert werden. Es ist dementsprechend notwendig, dass die pädagogischen Fachkräfte und Lehrerinnen und Lehrer auf diese Themen eingehen und diese kindgerecht erklären und vermitteln können. Vor diesem Hintergrund ist es auch notwendig, Materialien zu entwickeln, die die Vermittlung und Auseinandersetzung unterstützen.

Wir treten darüber hinaus dafür ein, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte über angepasste Inhalte der Aus- und Fortbildung dazu befähigt werden, Präventionsarbeit zu leisten und auf Diskriminierungserfahrungen von Schülerinnen und Schülern eingehen können, um sie zu unterstützen. Dafür braucht es bedarfsgerechte Angebote und Beratung. Ferner ist die Zusammenarbeit mit externen Partnern und Initiativen notwendig.

5. Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandte Kräfte wie den „Besorgten Eltern“?

Die effektivste Maßnahme gegen den Einfluss von „rückwärtsgewandten Kräften“ ist nach unserer Ansicht eine moderne Schulpolitik, durch welche Jugendliche und Kinder vorurteilsfrei in ihrer Entwicklung unterstützt werden, sodass sie sich frei von äußeren Einflüssen selbst ihr eigenes Sexualverständnis schaffen können.

6. In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Ja. Wir unterstützen Aufklärungs- und Toleranzprojekte in den Schulen und in der Jugendarbeit.

7. Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Wir befürworten die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Forschung zum Thema Bisexualität. Darüber hinaus unterstützen wir konkrete Maßnahmen in der Bildung, der Förderung von Selbsthilfe und im Diversity Management.

8. Warum gibt es keine harten Konsequenzen für menschenrechtsfeindliche Äußerungen von Politiker_innen? Wie wollen Sie das ändern, dass einzelne Politiker_innen sich so daneben benehmen?

Wir Freie Demokraten vertrauen auf die strafrechtliche Verfolgung von menschenrechtsfeindlichen Äußerungen durch die Ermittlungsbehörden, mithin durch die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften. Strafrechtlich relevantes Handeln muss verfolgt und geahndet werden.

9. Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Wir Freie Demokraten stehen für die Freiheit des Einzelnen und damit auch für die Toleranz gegenüber der individuellen sexuellen Identität und individuellen Lebensentwürfen. Wir sind davon überzeugt, dass das Strafrecht zur Bekämpfung der Hasskriminalität wichtig ist und viel bewirken kann. Diesbezüglich setzen wir uns dafür ein, dass bundesweit einheitliche Kriterien zur Erfassung der Straf- wie auch der Gewalttaten eingeführt werden und die Schnittstellen-Problematik, die es auch in anderen Bereichen gibt, beseitigt wird. Doch Bestrafung und mithin auch Abschreckung ist nur eine Seite der Medaille.

Mindestenes ebenso wichtig ist es, für eine tolerante Grundhaltung einzutreten, die dem Einzelnen ermöglicht, sein Leben ohne Einschränkungen zu leben, solange er die Freiheit des Anderen nicht beeinträchtigt. Für dieses liberale Leitbild setzen wir uns in allen politischen Bereichen ein. Ein wesentlicher Baustein für eine liberale Gesellschaft ist die Bildung, die den Einzelnen befähigen soll, eine differenzierte und tolerante Lebenshaltung zu entwickeln. Deshalb ist es uns wichtig, das Thema der unterschiedlichen sexuellen Identitäten im Bildungsbereich zu verankern, sei es in der Schule, im Studium und in den Aus- und Fortbildungen derer, für die es beruflich wichtig sein könnte. Gesellschaftliche Veränderungen, wie der Abbau von Vorurteilen, können nur durch einen offenen, von Akzeptanz geprägten Umgang mit der Thematik erreicht werden.

10. Was ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Wir Freie Demokraten setzen uns gegen rechtliche Diskriminierungen wegen geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung ein. Wir fordern daher die Abschaffung des Blutspende-Verbots für homo- oder bisexuelle Männer.

11. Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schade zufügen. Leider sind die Reparativtherapien in Deutschland noch nicht verboten. Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen Scharlatanen zu beschützen?

Psychische Schäden bei Jugendlichen durch Reparativtherapien müssen dringend verhindert werden. Gerade durch Aufklärung in Schulen können solchen Maßnahmen vermieden werden. Nur wenn Jugendliche frei von Diskriminierung und Gewalt aufgrund von ihrer sexuellen Orientierung aufwachsen und akzeptiert und respektiert werden, können sie sich frei entfalten.

12. Was möchten Sie noch hinzufügen?

Wir Freie Demokraten stehen für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft – frei von Vorurteilen jeglicher Art. Wir setzen uns daher für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen ein und unterstützen eine umfängliche gesellschaftliche Akzeptanz für Homo-, Bi- und Transsexuelle mit konkreten Maßnahmen. Leben und leben lassen – das gehört für uns zu einem weltoffenen Hessen dazu.